



Baden-Württemberg

VERTRETUNG DES LANDES BEI DER EUROPÄISCHEN UNION

Baden-Württemberg in Brüssel / Brüssel in Baden-Württemberg

I. Zu Wort gemeldet ...



Jubiläumsjahr 2008: Vorläufer des EU-Parlaments wird 50, Stuttgarter Erklärung wird 25 und vor zehn Jahren: Festlegung der ersten elf €-Länder

Willi Stächele, MdB

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten

Wir können auf eine erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 zurückblicken, in der die Weichen für den EU-Reformvertrag gestellt wurden. Wir Baden-Württemberger haben in Stuttgart, Berlin und Brüssel nach Kräften dazu beigetragen. Ein wichtiger Impuls war dabei die 50-Jahr-Feier der Römischen Verträge im März 2007. Dieses Jubiläum hat uns Europäern geholfen, die Bedeutung europäischer Werte und die Vorteile der europäischen Einigung wieder in den Vordergrund zu rücken.

2008 werden wir Gelegenheit haben, weitere Jubiläen zu begehen: Vor 50 Jahren am 19. März 1958 kam in Straßburg die Europäische Parlamentarische Versammlung zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen; ihr erster deutscher Präsident war Hans Furler aus meiner Heimat Oberkirch. Seitdem steht Straßburg für ein gutes Stück Demokratie in Europa; am Parlamentsstandort Straßburg zu rütteln – gerade im Jubiläumsjahr 2008 – halte ich für falsch. Die Unterzeichnung der „[Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union](#)“ durch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft vor 25 Jahren im Juni 1983 in Stuttgart, stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer *politischen* Union dar. Auch jährt sich der Beschluss, welche EU-Länder den Euro – auf Basis der Konvergenzkriterien – als erste einführen können, im Mai 2008 zum zehnten Mal.

Unsere Landesvertretung in Brüssel kann ebenfalls auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken: Wie in den letzten Jahren stieg auch 2007 die Besucherzahl weiter an – auf mittlerweile über 20.000 Personen, die im Rahmen der knapp 300 Veranstaltungen oder der 160 Besuchergruppen im Jahr 2007 bei uns zu Gast waren. Jetzt gilt es, sich für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten, damit wir in dem sich verschärfenden Wettbewerb in Brüssel das hohe Niveau, das klare Profil und den guten Ruf Baden-Württembergs halten können. Deshalb hat die Landesregierung dem neuen [Europabericht](#) u.a. ein Strategiepapier zur Zukunft der Landesvertretung beigefügt, das es nun in Stuttgart und Brüssel umzusetzen gilt (S. 103).

Ich freue mich, dass Sie – sei es in Brüssel oder in Baden-Württemberg – auch im neuen Jahr unsere Arbeit weiter aktiv begleiten und unterstützen. Ihnen und ihren Familien ein gutes, glückliches Jahr 2008.

II. Ihre Ideen sind gefragt!

Hier finden Sie eine Auswahl aktueller Stellen- und Projektausschreibungen auf europäischer Ebene sowie neuer Konsultationen der EU auf einen Blick.



Auswahl neuer Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen für EU-Fördermittel

Achtung! Neuordnung der EU-Anlaufstellen im Land: Die bisherigen Euro-Info-Zentren in Stuttgart, Lahr, Mannheim sollen mit dem Innovation Relais-Center in Stuttgart und Karlsruhe beim Steinbeis-Europa-Zentrum zum 1. Januar 2008 zu einem neuen Informations- und Beratungsnetzwerk zusammengefasst werden. Als Name für das neue Netzwerk ist Europe Enterprise im Gespräch.

Im Rahmen des [Europäischen Integrationsfonds](#) werden grenzübergreifende Maßnahmen in den Mitgliedstaaten unterstützt. Frist: 31. Januar 2008

Ausschreibung zur europaweiten ["Researcher's nights"](#) am 26. September 2008 zur Steigerung der öffentlichen Wahrnehmung für Forschungserfolge und der Attraktivität des Berufsbildes Wissenschaftler. Bewerbungsfrist: 5. März 2008



Auswahl neuer Konsultationen der EU-Kommission zu neuen Vorhaben auf EU-Ebene

[Transparenz in Brüssel: Verhaltenskodex für Interessenvertreter](#). Frist: 15. Februar 2008

[Jetzt mit konkreter Frist! - Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik](#). Frist: 15. Januar 2008

[Vorbereitung einer Mitteilung der EU-Kommission zur Kohärenz der Entwicklungspolitik](#). Frist: 30. Januar 2008

[Entwurf des Umsetzungsberichts 2005-2007 der Aarhus Konvention](#). Frist: 4. Februar 2008



Auswahl neuer Stellenausschreibungen der EU o.a. Einrichtungen mit EU-Bezug

[Alkoholforum sucht beratende Wissenschaftler](#)

Die Aufgaben der Wissenschaftlergruppe: 1.) Mitglieder des Forums wissenschaftlich zu beraten, 2.) Beratung zu Monitoring und Evaluierung und sich daraus ergebenden Aktionsfeldern zur Reduzierung alkoholbezogener Schäden zu leisten, 3.) Analyse der vom Forum identifizierten Schlüsselthemen vorzunehmen. Bewerbungsfrist: 31. Januar 2008

III. Aktuelles aus Brüssel und Baden-Württemberg



Eine kleine „Gipfel-Nachlese“: EU-Reformvertrag unterschrieben, Reflexionsgruppe geschaffen und „Stab der Präsidentschaft“ an Slowenien übergeben

Am 13. Dezember unterzeichneten die EU-Staats- und Regierungschefs den neuen EU-Reformvertrag. Es wird erwartet, dass der neue EU-Reformvertrag – nach Ratifizierung in den EU-Mitgliedstaaten – am 1. Januar 2009 in Kraft treten kann. Am 14. Dezember waren die zentralen Themen der Status des Kosovo ([Schlussfolgerungen](#) S. 19; Nr. 65 ff) und die Einrichtung einer unabhängigen Reflexionsgruppe – auf Deutsch „Nachdenkgruppe“ (S. 2; Nr. 8 ff). Sie soll dazu beitragen, dass die EU die Herausforderungen auf lange Sicht (Horizont 2020 bis 2030) effizienter vorhersehen und bewältigen kann. Als Themen wurden ausdrücklich die Überprüfung der derzeitigen Politiken, die Finanzen nach 2013, die Grenzen der EU sowie institutionelle Fragen ausgenommen. Besondere Aufmerksamkeit soll die Gruppe der Frage widmen, wie der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern der EU verbessert und ihren Erwartungen und Bedürfnissen besser Rechnung getragen werden kann.

Nachdenken über Europa nach 2020: Wer, wann, was und wie ...



Gonzales

Der ehemalige spanische Ministerpräsident Gonzales ist Vorsitzender der Reflexionsgruppe; zu seinen Stellvertretern wurde die vor kurzem aus dem Amt geschiedene Präsidentin Lettlands, Vike-Freiberga, und der ehemalige Nokia-Chef Ollila aus Finnland bestellt. Dieses Trio wird jetzt maximal neun weitere Persönlichkeiten benennen und diese Liste dem Europäischen Rat im 2. Halbjahr 2008 vorlegen. Grund für diesen Zeitplan ist, dass die kommende Personaldebatte nicht mit dem erneut anlaufenden Ratifizierungsprozess des EU-Reformvertrages kollidieren soll. Es ist geplant, dass die Gruppe neben Mitgliedern aus der Politik (keine aktiven!), auch Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, der Sozialpartner, der Kultur und des Sports an Bord nimmt. Der Abschlussbericht der Reflexionsgruppe soll dann im Juni 2010 vorgelegt werden.



Vike-Freiberga



Ollila

EU-Parlament einigt sich über Finanzreform der europäischen Parteien



Martens

Danach sollen den Parteien nahe stehende Stiftungen gegründet werden. Ziel der Reform ist es, den Weg für Politikkampagnen zu ebnen und die Wahlbeteiligung für die Europawahlen 2009 zu erhöhen. Den Parteien soll so mehr Spielraum bei der Verwendung ihrer Mittel und bei der Finanzierung ihrer Wahlaktivitäten gegeben werden. Dem Vernehmen nach plant die EVP eine Stiftung einzurichten, die nach Altkanzler Helmut Kohl benannt und deren Chef der frühere belgische Premier und EVP-Vorsitzende Wilfried Martens werden soll.



Kohl



Sloweniens EU-Botschafter Sencar stellt Schwerpunkte der nächsten [EU-Präsidentschaft](#) vor

Slowenien ist das erste der „neuen“ EU-Länder, das im Januar 2008 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Den Fokus will Slowenien auf die Lissabon-Strategie, Energie und Klima sowie die Beziehungen zu den Westbalkan-Staaten legen, so Igor Sencar. Die EU-Gipfel sollen am 13./14. März und am 19./20. Juni 2008 stattfinden. Weiter kündigte Sencar an, dass Slowenien den neuen EU-Reformvertrag zu einem frühen Zeitpunkt der Präsidentschaft ratifizieren werde.



Lissabon-Strategie: Fokus auf F&E, KMU unterstützen und hin zu flexiblem Arbeitsmarkt

Die Umsetzung des nächsten Lissabon-Zyklus (2008-2010) soll auf dem Frühjahrsgipfel behandelt werden.



Bildung, Jugend und Kultur

Am 1. Januar fällt der Startschuss für das „europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008“; weiter steht das Thema EU-Technologieinstitut auf der Agenda; Slowenien will auch das EU-Bildungsprogramm im Hochschulbereich Erasmus in die zweite Generation führen.

Prioritäten im Bereich Justiz und Inneres ...

... sind u.a. die Erweiterung des Schengen-Raumes, die Themen legale Migration sowie Scheidungsrecht. Slowenien will auch Europol (Umwandlung in eine EU-Agentur) und Eurojust aufwerten und mit mehr Kompetenzen ausstatten.



Westliche Balkanstaaten durch Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen näher an EU heranführen

Die europäische Perspektive für die Region zu fördern ist für Slowenien wichtig. Besonders durch SAAs – ein wichtiger Schritt in Richtung EU-Mitgliedschaft – mit den westlichen Balkanstaaten.



Energie, Verkehr und Klimawandel: sicher, wettbewerbsfähig und nachhaltig

Kernziele für Slowenien im Energiebereich sind: Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit. Im Einzelnen bedeutet dies die Liberalisierung des Strom- und Gassektors, die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien, die Ausweitung der „low-carbon-technologies“ sowie die Weiterentwicklung einer EU-Energiepolitik. Beim Thema Verkehr will Slowenien u.a. das Grünbuch „Urbaner Transport“ der EU-Kommission behandeln. Daneben stehen die CO₂-Reduzierung und Erhöhung der Biokraftstoffe auf der Agenda. Im Flugverkehr möchte Slowenien den Spagat zwischen Umweltverträglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hinbekommen.

Neues Web-Portal gibt [Überblick über aktuelle Verkehrsforschungsprojekte auf nationaler, internationaler und EU-Ebene](#)

Der EU-Haushalt nach 2013: Fahrplan, Akteure, Positionen ...

Der Europäische Rat einigte sich Ende 2005 auf den Finanzrahmen 2007-2013 und sieht als Kompromiss eine umfassende Überprüfung der EU-Finzen (Einnahmenseite einschließlich Britenrabatt, Ausgaben-seite, einschließlich EU-Agrarpolitik [GAP]) durch die EU-Kommission in 2008/2009 vor. Kurz vor Ende der laufenden Konsultation (Frist: 15. April 2008) plant die EU-Kommission für den 3./4. April 2008 eine (wissenschaftlich besetzte) Konferenz und am 27. Mai 2008 eine politische Schlusskonferenz zum Konsultationsprozess. Im 2. Halbjahr 2008 – während Frankreichs EU-Präsidentschaft – wird ein erster Vorschlag der EU-Kommission zur Haushaltsreform erwartet. Dieser Vorschlag soll 2009/2010 vertieft diskutiert werden, bevor dann 2010/2011 der Vorschlag für den nächsten EU-Finanzrahmen vorgelegt werden soll. Spätestens Ende 2012 sollten die Verhandlungen abgeschlossen sein. Für die EU-Kommission handelt es sich nicht um eine Revision des aktuellen Finanzrahmens, sondern um eine Reform des EU-Haushalts, der an die neuen Herausforderungen der EU angepasst werden soll: Gestaltung der Globalisierung; Technologiegesellschaft; Demographie; Solidarität; Klimawandel; nachhaltige und sichere Energieversorgung; Migration; Rolle der EU in der Welt; Sicherheit; Neuausrichtung der EU-Politik für die Landwirtschaft, die ländlichen Gebiete und die ländliche Gesellschaft.

Dem EU-Parlament schwebt vor, das Finanzierungssystem der EU in zwei Phasen zu reformieren: Für die erste Phase wird auf einen früheren finnischen Vorschlag zurückgegriffen, der eine BNE-gestützte Finanzierung der EU bei Beibehaltung der traditionellen Eigenmittel (Zölle, Agrarabschöpfungen) und unter Abschaffung des derzeitigen Mehrwertsteuereigenmittels vorsieht. Bis 2013 soll der Britenrabatt allmählich abgeschafft werden. In einer zweiten Phase soll ab 2014 ein völlig neues Eigenmittelsystem geschaffen werden, wobei zunächst auf einen Anteil einer in den Mitgliedstaaten bereits bestehenden Steuer – im Gegensatz zu einer „wahren“ EU-Steuer – zurückgegriffen werden soll. Für die EU-Abgeordneten würde eine EU-Steuer mehr Einfluss des EU-Parlaments nach sich ziehen. Bei der Ausgabenseite des EU-Haushalts sind sie eher zurückhaltend, da in 2009 Europawahlen anstehen und der Lissabon-Vertrag, der ihnen mehr Mitspracherechte gibt, noch nicht ratifiziert ist. Die Mitgliedstaaten wollen keine abstrakten Diskussionen führen, sondern über konkrete Zahlen reden. Aufgrund der letzten Erweiterungen ändern sich die Allianzen in der EU. So profitiert beispielsweise Frankreich weniger von der GAP; Spanien dagegen wird künftig weniger Mittel aus der Strukturpolitik und mehr aus der GAP erhalten.

Feinstaub: EU-Parlament für schärfere Grenzwerte, dafür aber längere Fristen

[Das EU-Parlament hat eine Neufassung bestehender EU-Regelungen zur Luftreinhaltung verabschiedet.](#) Der Kompromiss mit dem EU-Ministerrat sieht drei Phasen vor: 1.) ab 2010 gilt ein Zielwert von max. 25 µg/m³ Luft im Jahresmittel 2.) ab 2015 wird 25 µg/m³ Luft verbindlicher Grenzwert 3.) ab 2020 soll der Grenzwert auf 20 µg „verschärft“ werden. Geplant sind auch Maßnahmen an den Emissionsquellen (z.B. verpflichtende Russfilter für Lkw und Schiffsmotoren sowie Industrie- und Hausfeuerungsanlagen). Neben den bereits bestehenden Grenzwerten für die Feinstaubpartikel bis zu 10 Mikrometer (PM 10) werden ab 2015 auch Höchstwerte für die kleineren, gefährlicheren Partikel von bis zu 2,5 Mikrometer (PM 2,5) gelten.



Neuer Sprengstoff aus der EU-Kommission zum Thema CO₂ Emissionen ...

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission soll bereits ab dem Jahre 2012 ein verbindlicher Grenzwert für den CO₂-Ausstoß von 130 g/km im EU-Durchschnitt greifen. Für Hersteller, die diesen Grenzwert mit ihrer Fahrzeugflotte nicht erreichen, sieht die EU-Kommission gestaffelte Strafzahlungen bereits ab 2012 vor. Diese sollen von 20 €/g an zuviel ausgestoßenem CO₂ pro Jahr und verkauftem Fahrzeug auf dann 95 € im Jahr 2015 ansteigen. Die als Berechnungsgrundlage für die Strafzahlungen vorgesehene Kurve ist besonders nachteilig für die deutschen Hersteller, die einen hohen Anteil an Premiumfahrzeugen mit stärkerer Motorisierung, hohem Komfort und besonders anspruchsvollen Sicherheitsstandards haben. [Baden-Württembergs Landesregierung hat sich dazu gleich nach bekannt werden der Brüsseler Pläne geäußert.](#)



EU-Haushalt 2008 und Finanzierung von EU-Satellitennavigationssystem Galileo in trockenen Tüchern

EU-Ministerrat, EU-Parlament und EU-Kommission einigten sich über den EU-Haushalt 2008 und die Finanzierung von Galileo. Danach beträgt die Höhe der Zahlungsermächtigungen für den Haushalt 2008 ca. 120,3 Mrd. € (dies entspricht ca. 0,95% des EU-BNE). Das EU-Parlament hatte die Einigung über den Haushalt 2008 von einer Verständigung über Galileo abhängig gemacht. Zur Finanzierung von Galileo wird der fehlende Betrag von 2,4 Mrd. € vollständig über den EU-Haushalt abgedeckt. 1,6 Mrd. € kommen dabei aus dem Agrarhaushalt 2007; dies macht eine Revision der finanziellen Vorausschau 2007-2013 erforderlich (die nicht abgerufenen Agrarhaushaltsmittel 2007 wären anderenfalls an die Mitgliedstaaten zurückgefließen).



Auf dem Weg hin zu einer europäischen Verteidigungspolitik. EU-Kommission will Verteidigungsmärkte der EU-Länder öffnen

Zentrales Element des von der EU-Kommission vorgeschlagenen [Pakets](#) ist eine Richtlinie zur Öffnung der Verteidigungsmärkte der Mitgliedstaaten und der Förderung des innereuropäischen Wettbewerbs, sowie eine Richtlinie zur Erleichterung des Handels mit Verteidigungsgütern innerhalb der EU. Der südbadische EU-Abgeordnete von Wogau (Vorsitzender Unterausschuss Sicherheit/Verteidigung des EU-Parlaments) ist dabei, mit weiteren namhaften EU-Parlamentariern sowie europäischen Persönlichkeiten eine Stiftung „Europäische Sicherheit und Verteidigung“ aufzubauen.



Zigaretten mit Feuerschutz will EU-Verbraucherschutzkommissarin Kuneva einführen

In der [Mitteilung](#), die Kuneva vorstellte, geht es um Zigaretten, die schneller von alleine ausgehen und weniger Hitze abgeben, weil sie von einer besonderen Beschichtung umschlossen sind. Als Begründung führt sie eine US-Studie an, nach der vergessene Zigaretten die häufigste Ursache von Wohnungsbränden sind. Außerdem seien weggeworfene Zigaretten oft Auslöser verheerender Waldbrände in Südeuropa. Mit einer EU-weiten Studie zu diesem Thema soll demnächst begonnen werden. Im Frühjahr 2008 will die EU-Kommission einen konkreten Vorschlag für diese neue Zigarettennorm vorlegen, der in zwei bis drei Jahren für alle Mitgliedstaaten Standard werden könnte.

Irreführender Werbung und aggressiven Verkaufspraktiken Riegel vorschieben

Seit 12. Dezember gelten EU-weit strenge Vorschriften die irreführende Werbung und aggressive Verkaufspraktiken unterbinden sollen. Verboten werden u.a. das Bewerben von Produkten mit dem Attribut „kostenlos“, wenn sie es nicht sind, und Angebote, die beim Kind ein Anspruchsverhalten wecken. Diese und zahlreiche andere Methoden, denen die neue Richtlinie gegen unlautere Geschäftspraktiken Einhaltung gebieten soll, stehen auf einer umfangreichen schwarzen Liste. Im Visier: insbesondere ein Dutzend „schmutziger Tricks“, vom Lockangebot über Schneeballsysteme bis hin zu falschen Gesundheitsversprechungen.

EU-Kommission: neuer Aktionsplan zur Förderung der beruflichen Mobilität in EU



„Süssmuth-Bericht“ zur Integration ethnischer Minderheiten mit Strategieempfehlungen vorgelegt

Der [Bericht](#) der Anfang 2006 von der EU-Kommission eingesetzten Expertengruppe unter Vorsitz der ehemaligen Bundestagspräsidentin Süssmuth ist stark auf arbeitsmarktbezogene Probleme der Zielgruppe ausgerichtet. Es zeichnet sich ab, dass die EU-Kommission den Bericht für ihr derzeit verstärktes Vorgehen gegen EU-Länder wegen mangelnder Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien nutzen wird.

2010 soll Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden



EU-Parlament nimmt Vorschlag der EU-Kommission für stärkere Waffenkontrolle an
Die Richtlinie verbietet den Erwerb von Schusswaffen durch Minderjährige und verschärft die Kennzeichnungspflicht.

Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments nimmt Paket zur Warenverkehrsfreiheit an

Mit dem Gesetzespaket soll die „gegenseitige Anerkennung“ von Produkten, die nicht auf EU-Ebene standardisiert sind, verbessert werden. Das Paket enthält Richtlinien zu den Themen gegenseitige Anerkennung, Marktüberwachung und Produktetikettierung.

IV. Personalia



Wechsel an der Spitze von zwei baden-württembergischen Regierungsbezirken

In Freiburg ist Julian Würtenberger (oben) als neuer Regierungspräsident Nachfolger von Sven von Ungern-Sternberg. Johannes Schmalzl (unten) hat in Stuttgart dieses Amt von Udo Andriof übernommen.



Neuer „Zweiter Mann“ in der Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission ist der deutsche Herbert Ungerer

Ungerer ist zuständig für die Überwachung staatlicher Beihilfen und die Entwicklung politischer Maßnahmen.

V. „Der Volltreffer“



Leser der Wochenzeitschrift European Voice wählen „Europäer des Jahres 2007“ in verschiedenen Kategorien: „Conan der Barbar“-Darsteller zum „Europäer des Jahres“ in der Kategorie „Campaigner“ gewählt

Kaliforniens Gouverneur, Arnold Schwarzenegger, wurde für die von ihm auf den Weg gebrachten Maßnahmen gegen den Klimawandel in der Kategorie „Campaigner of the Year“ gewählt. Kanzlerin Merkel wurde für ihr Verhandlungsgeschick in Sachen EU-Reformvertrag zur „Stateswoman of the Year“ gewählt.

VI. In eigener Sache

Ein „High-light“ für die jüngsten Freunde der Landesvertretung: die Kinderweihnacht

Den Weihnachtsbaum stiftete die EnBW, die Krippe kam aus Öhringen und für die Kinder gab's am Schluss noch Geschenke vom finnischen „Santa Claus“.



Auswärtige Sitzung der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) unter Vorsitz von Minister Hauk in Brüssel

Als Gäste hatte Minister Hauk u.a. die EU-Kommissare Kuneva (Verbraucherschutz) und Markos (Gesundheit) eingeladen; 2008 übernimmt Bayern den Vorsitz der VSMK. [Mehr dazu und die Ergebnisse der Sitzung gibt's hier ...](#)



Die Teilnehmer der VSMK-Sitzung mit EU-Gesundheitskommissar Kyprianou in der Mitte.